



Editorial

Allen unseren Mitgliedern entbieten wir unsere besten Wünsche zum Jahreswechsel und eine frohe, entspannte Fest- und Weihnachtszeit. Wir glauben nicht an die Magie der besonderen Zahl und setzen uns deshalb auch nicht mit Spekulationen oder «Vorhersagen» von Nostradamus auseinander. Aber wir erleben die aktuelle Zeit als Umbruch. Altes und Bewährtes wird (vorzeitig) auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen. Das Neue ist jedoch noch nicht greifbar geworden, sondern erst in verschwommenen Konturen wahrzunehmen. Deshalb breitet sich Nihilismus und Resignation aus. In dieser unklaren Situation wollen wir als PRO LIBERTATE einige wesentliche Eckpfeiler stärken, die sich in unserer Schweizer Geschichte und in der Entwicklung unseres Abendlandes herausgebildet haben. Abgestützt auf diesen festen Grund können wir den Wandel und die Zukunft mitgestalten. Wir wollen die junge Generation ermuntern, sich mit uns an dieser Zukunftsgestaltung aktiv zu beteiligen.

Walter Rytz

Es reicht!

Am 10. Dezember 1999 hat die «Bergier-Historiker-Kommission» ihren Bericht über die schweizerische Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges veröffentlicht. Die Millionen teure Arbeit hat keine neuen historischen Erkenntnisse ermittelt; dafür übernimmt sie die Rolle des Richters. Sie beschuldigt Land und Volk, falsch gehandelt zu haben.

Die Vereinigung PRO LIBERTATE erkannte bereits im Vorfeld der Veröffentlichung die politischen Absichten der linken Historiker-Elite. Deshalb führte sie am gleichen Tag ebenfalls eine Medienkonferenz durch. Als Hauptreferent stellte Dr. Sigmund Widmer die Schrift «Die Schweizerische Flüchtlingspolitik 1933 bis 1945» vor. Der Autor, Dr. Alfred Cattani, schildert die damalige Realität. Fazit: Aus heutiger Sicht wurden zwar Fehler begangen, aber das Schweizer Volk hat trotz der schwierigen und gefährlichen Situation ausserordentliches für die Aufnahme und Betreuung der Flüchtlinge geleistet. Die Schweiz hat es nicht verdient, von einer selbstgerechten, ideologisch einseitigen Gruppe als Mittäter des Bösen abgeurteilt zu werden.

- Wir weisen die vom Staat verordnete Geschichtsschreibung zurück, die sowohl dem Auftraggeber (der Regierung) als auch dem Volk ihre Sicht der Dinge aufzwingen will. Sie ist ein Mittel der Diktatur.
- Wir weisen den selbstgerechten Moralismus des Historiker-Tribunals zurück.
- Wir fordern den Bundesrat auf, sich vom Bergier-Flüchtlings-Bericht zu distanzieren und auf eine erneute Entschuldigung für die Politik der Schweiz während des Krieges zu verzichten.
- Wir fordern den Bundesrat auf, endlich seine Demutshaltung abzulegen

und unerschrocken für die Interessen des Landes einzustehen.

- Wir fordern den Bundesrat auf, keine Mittel mehr für die staatlich verordnete Geschichtsschreibung zu sprechen bzw. zu beantragen.

Wir danken der Aktivdienstgeneration für ihre überzeugende Leistung. Sie hat die Schweiz vor Krieg und Vernichtung geschützt. Sie hat zudem unzähligen Frauen, Kindern und Männern das Überleben ermöglicht. Sie bleibt uns Vorbild.

Liebe Mitglieder!

Wir haben reagiert. Klar und deutlich. Die Schrift von Dr. A. Cattani liegt diesem Versand bei. Wir danken Ihnen, wenn Sie unsere Aktion mit einem finanziellen Zustupf mittragen. Helfen Sie mit, die Schrift möglichst breit zu streuen.

Der Vorstand



Sie lesen heute

Gegner der EU-Integration werden gestärkt	2
Bedrohte Informationsgesellschaft?	3
Herbst-Wahlen 1999	4
Die Spalte des Präsidenten	5
Eidgenössische Wahlen 1999	5
Exkursion ins Festungsmuseum Reuenthal	5
Die Spionage des KGB im Westen...	6
Die Rückkehr des J-Stempels	7
In Kürze	8



«Da fühlen sich Bundesräte und Diplomaten wohl!»
Feierlicher Akt zur Unterzeichnung der Bilateralen Verträge am 21. 6. 1999 in Luxembourg (key)

Gegner der EU-Integration werden gestärkt

1992 hat das Schweizer Stimmvolk den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt. Der Bundesrat initiierte 1993 eine neue bilaterale Verhandlungsrunde mit der Europäischen Union (EU). Ende 1998 konnten die Verhandlungen über die Dossiers Landverkehr, Technische Handelshemmnisse, Luftfahrt, Forschung, Öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft und Freier Personenverkehr abgeschlossen werden.

Der Widerspruch der EU-Protagonisten

In einer Sondersession Ende August haben die eidgenössischen Räte das bilaterale Vertragswerk beraten. Das Parlament beschloss sogenannte flankierende Massnahmen, welche die negativen Auswirkungen der Verträge auffangen sollen. Insbesondere die Aufgabe der 28-Tonnen-Limite für den Lastwagen-Transit und der freie Personenverkehr dürften mit schweizerischen Interessen von links bis rechts kollidieren. Erwähnenswert bleibt, dass ausgerechnet diejenigen, welche lautstark die EU-Öffnung der Schweiz fordern, von Angst gezeichnet protektionistische Massnahmen durchsetzen. Die staatliche Mindestlohngarantie und die zusätzliche Subventionierung der NEAT stehen in krassem Widerspruch zu einem offenen Markt.

Dank der Schweizerischen Volkspartei konnte der Bundesrat verpflichtet werden, sieben Jahre nach Inkrafttreten der Verträge einen referendumsfähigen Bundesbeschluss über die definitive

Einführung des Freien Personenverkehrs vorzulegen. Diese Obligation gilt auch im Fall der EU-Osterweiterung.

Der bilaterale Weg ist die Alternative zum EU-Beitritt

Der Vorstand der Vereinigung PRO LIBERTATE kommt zum Schluss, dass ein Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union vorläufig nicht in Frage kommen kann. Die Konsequenzen für die nationale Souveränität, direkte Demokratie, Sicherheitspolitik, Neutralität, Handels- und Wettbewerbspolitik, Geld- und Währungspolitik fallen zu hoch aus und werden mit Mitsprachemöglichkeiten der Regierung nicht kompensiert.

Die bilateralen Verträge schaffen für Teile der Wirtschaft tatsächlich Vorteile. Das Landverkehrsabkommen zwingt uns nicht, die EU-Verkehrspolitik zu übernehmen, welche eine kostenlose und unbeschränkte Durchfahrt der 40-Töner zur Folge hätte. Beim bilateralen Vertrag über den Personenverkehr wird im Gegensatz zum EU-Beitritt das Wahl- und Stimmrecht auf kommunaler Ebene für EU-Ausländer nicht eingeführt.

Kein Präjudiz für den EU-Beitritt – der Souverän wird dafür sorgen

Sollte nach sieben Jahren Vertragsumsetzung die Entwicklung negativ ausfallen, hat das Schweizer Volk mit dem Referendum gegen die Fortsetzung des Freien Personenverkehrs ein wirksames Instrument in der Hand, die EU-Politik der Schweiz zu ändern. Dieses Referendum ist durchaus praktikabel, auch

wenn in Kauf genommen werden müsste, dass die sechs restlichen Abkommen im Zuge des Parallelismus für nichtig erklärt würden. Wer aber gerade aus diesem Grund die Realisierung des Referendums für unmöglich hält, gibt zu, schlichtweg Angst zu haben vor einer EU-Schelte und allfälligen Gegenmassnahmen. Angst war aber noch nie ein erfolgreicher Begleiter in der Schweizer Geschichte. Und ausserdem hat die EU beträchtliche Interessen, mit der Schweiz im konstruktiven Dialog zu verbleiben (vgl. Transitverkehr, Finanzplatz, Steuerharmonisierung, Personenverkehr, Bekämpfung von Kriminalität und Schmuggel).

Der Bundesrat – als selbsternannter Hüter der politischen Konkordanz in diesem Land (?) – will die Schweiz in die EU führen. Aus seiner Sicht sind die bilateralen Verträge nur eine Etappe in Richtung EU. Daran wird auch das lancierte Referendum gegen die Verträge und ein entsprechender Abstimmungsausgang nichts ändern. Lassen wir aber die Regierung beiseite, denn es ist müssig, die aktuelle Kabinettpolitik ändern zu wollen.

Immer noch hat der Souverän das Recht, die Zukunft der Schweiz mitzubestimmen. Die bilateralen Verträge werden die Diskussion um die gouvernementale EU-Beitritts-Nötigung beruhigen. Sie stärken und legitimieren die Gegner: Fallen die Auswirkungen der Verträge negativ aus, wird die Schweiz wohl kaum vom «bilateralen Regen in die EU-Traufe» marschieren – fallen sie positiv aus, hat sich der bilaterale Weg wiederum bewährt und das Interesse an einem EU-Beitritt dürfte nur noch bei der Regierung und anderen Uneinsichtigen herumtumpeln.

W. Gartenmann

Bedrohte Informationsgesellschaft?

Cybercrime und Cyberterrorismus sind als Schlagworte Ausdruck für die gestiegene Verletzlichkeit der modernen Informationsgesellschaft. Informationen aller Art sind in vielen Bereichen zum entscheidenden Produktionsfaktor und mit zur Basis von Sicherheit und wirtschaftlicher Prosperität geworden.

Die Informationsrevolution beeinflusst heute praktisch alle Bereiche unserer Gesellschaft. Wie das Jahr-2000-Problem zeigt, sind die Auswirkungen allerdings nicht nur positiv. Praktisch alle Gebiete in Wirtschaft und Verwaltung sind davon betroffen. Die modernen Informationstechnologien beeinflussen namentlich die Kriminalitätsbekämpfung und die Sicherheit. «Cyberterrorismus» und «Cybercrime» sind zwar noch primär mediengerechte Schlagworte, doch hat es sich bereits in verschiedenen Fällen gezeigt, dass gerade das Internet immer mehr auch für illegale Aktivitäten benützt wird. Obwohl die Netzwerke multinational geworden sind, wird Sicherheit aber letztendlich immer noch vom einzelnen Staat garantiert. Es besteht in diesem Bereich also auch nationalstaatlicher Handlungsbedarf.

Möglichkeiten zum Missbrauch der Informationsbasen und ihrer Netzwerke ergeben sich viele:

- «Hacker», die Daten verändern und zentrale Firmeninformationen entwerfen,
- Ausländische Nachrichtendienste, die systematisch Kommunikationen überwachen und aufzeichnen,
- Viren, die wichtige Daten löschen,
- eingeschleuste «Sniffer»-Programme, die Passwörter mitschreiben.

Während solche Aktionen im kleineren Rahmen eine neue Ausprägung «normaler» Kriminalität sind und damit in die eingespielte Zuständigkeit von kantonaler Polizei und Gerichte fallen, können solche Aktivitäten im grösseren Rahmen auch sicherheitspolitisch relevant werden und damit die Bundesstufe involvieren.

Weitreichendes Lahmlegen von kritischen Infrastrukturen wie Strom, Telekommunikation oder Eisenbahnnetz,

«Wir sind dankbar, dass wir auch 1999 Weihnachten und den Jahreswechsel in Freiheit und Frieden feiern dürfen!»

Wir wünschen allen Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2000, dem letzten Jahr im alten Jahrhundert bzw. Jahrtausend!

Vorstand der Vereinigung
PRO LIBERTATE



etwa durch das Einschleusen von Viren, trojanischen Pferden etc. bedroht auch unmittelbar die nationale Sicherheit.

Beispiele im In- und Ausland

Während die Schweiz durch die zu einem grossen Teil voneinander unabhängigen Netzwerke (vorläufig) über eine relativ hohe Redundanz verfügt, ist in den USA, wo im Zuge der Liberalisierung die Netzgrenzen immer mehr verschmelzen, die Besorgnis über mögliche Angriffe aus dem «Cyberspace» stark gestiegen. So sind Hackerangriffe auf Systeme des amerikanischen Verteidigungsministeriums immer aggressiver geworden und das Ministerium selbst geht von einer über neunzigprozentigen Dunkelziffer aus.

Verschiedentlich sind auch öffentliche Telefonnetze von Hackern lahmgelegt worden, am spektakulärsten waren eine mehrstündige Störung des Notrufnetzes in Florida und das Eindringen in das System eines Flughafens in Massachusetts.

Aufschlussreich auch der Fall der mexikanischen Zapatistas, die primär durch geschicktes Ausnutzen des World Wide Web und von E-Mail von rein lokaler Bekanntheit zu internationaler Prominenz aufgestiegen sind.

Auch in der Schweiz selbst sind erste Fälle bekannt geworden. So ist 1998 die Web Site der kosovo-albanischen LPK – einer Partei mit engen Beziehungen zur ehemaligen Kosovo-«Befreiungsarmee» UCK – durch serbische Hacker massiv angegriffen worden; die Site war mehrere Tage nicht erreichbar, der Sachschaden beträchtlich.

Wenn man zu den böswillig ausgelösten Schädigungen von Informationsnetzwerken noch jene Schäden dazuzählt,

die durch schlechte Programmierung, Bedienungsfehler, Missachten der Sicherheitsregeln oder vernachlässigte Wartung ausgelöst werden – allein die durch das Jahr-2000-Problem weltweit ausgelösten Wartungskosten werden auf dreistellige Milliardenbeträge geschätzt –, zeigt sich tatsächlich das Bild einer Informationsgesellschaft, deren Fundamente nicht die notwendige Sicherheit aufweisen.

Die Schweiz reagiert

Verschiedene Exponenten aus Bund (Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung, Bundesamt für Informationstechnologie, Bundespolizei) und Privatwirtschaft haben deshalb Mitte November die *InfoSurance-Stiftung* gegründet. Diese will die Risiken der Informationsgesellschaft besser bekannt machen und Gegenmassnahmen ergreifen. Geplant sind unter anderem der Aufbau eines nationalen und internationalen Kontaktnetzes und eines Frühwarnorgans, eine vertrauliche, von Wirtschaft und Staat unabhängige, Anlauf- und Meldestelle sowie das Aufdecken von Risiken und Bekanntmachen von Verhaltensweisen.

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien haben die Globalisierung von Wirtschaft und Wissenschaft, ja der Gesellschaft als Ganzes überhaupt erst möglich gemacht. Beim heutigen Entwicklungstempo dieser Technologien muss allerdings dringend dafür gesorgt werden, dass Sicherheitsaspekte nicht gefährlich den technischen Möglichkeiten hinterherhinken.

Urs von Daeniken
Chef der Bundespolizei

Herbst-Wahlen 1999: Vom Fallobst

Esther Girsberger («Tagesanzeiger») zählt post festum auf die Wählerschaft: «Nicht dass die allfällige neue Zusammensetzung (des Bundesrates, Red.) die finanz-, europa- oder ausländerpolitischen Probleme des Landes wirklich lösen würde. Aber vielleicht ist es das einzige Mittel, um einem grossen Teil der Wählerschaft die Augen zu öffnen – damit sie in vier Jahren anders wählt als gestern.»

Möglicherweise liegt der Grund für das Wahlergebnis gerade darin, dass die Wählerschaft die Augen bereits aufgesperrt hat.

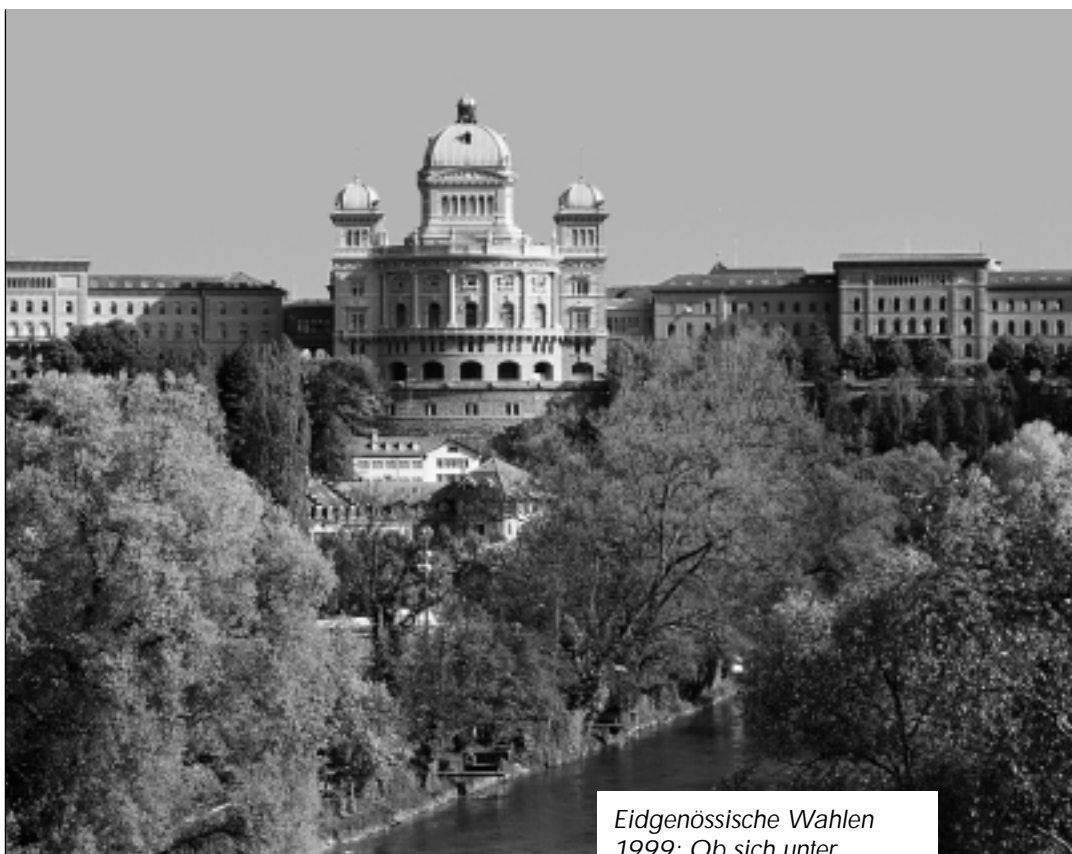
Die neugewählte Nationalrätin *Ursula Koch* (SP) auf die Frage: «Wäre jetzt ein zweiter SVP-Bundesrat fällig?»: «Rein quantitativ wohl schon,» meint sie, «doch entscheidend ist, wie regiert werden soll. Wir werden jedenfalls versuchen, zusammen mit der CVP und der FDP weiterhin (sic!) eine bürgerliche Politik der Vernunft zu führen. Die Koalition der Mitte ist entscheidend.»

«Weiterhin» heisst «wie bisher»; das ist entlarvend für FDP und CVP. Die «bürgerliche Politik» der SPS ist doch wohl eher eine Finte.

Wie unbedarft eine Parteipräsidentin im übrigen ins Mikrofon schwatzen kann, bewies sie nach der Verhaftung von Buchhalter Bellasi, als sie ausgiebig von «Geheimdienst» schwafelte.

Eine minutiöse Untersuchung ergab, dass der SVP Stimmen aus allen Lagern zuzugingen. Namentlich jüngere Bürger fühlten sich angesprochen, auch die sog. «Besserverdienenden» (Mehrleistenden). Einzig Hochschulabsolventen sollen alles andere als SVP gewählt haben. Ist dieser Befund nun als Kompliment zu verstehen oder als Kondolenzbezeugung?

Ein Schuss in den Ofen: Die «Briefaffäre», die der «Sonntags-Blick» kurz vor dem Wahltag aufbereitete – unter gütiger Assistenz u.a. von Frank A. Meyer und des Präsidenten der Rassismus-Kommission, Georg Kreis, – war ein «klassischer Rohrkrepiere», schrieb die NZZ. Mit dem rechtsextremen Gedankengut, dessen man Blocher bezichtigte, erreichte die Postille genau das Gegenteil der erhofften Wirkung. Die Zeitung und ihre Trabanten haben sich gewaltig verrechnet. Es wäre vermessen anzunehmen, das wäre ihnen nur im vorliegenden Fall passiert. Man



Eidgenössische Wahlen 1999: Ob sich unter der «Kuppel» wohl etwas ändern wird? (key)

darf ihre künftigen Absonderungen ruhig übergehen. «Remuer la m...», sagt der Franzose – Sie wissen schon, das Credo der Boulevardpresse ... Übrigens: Wie der Brief schon viel früher aus den Gerichtsakten zur «WoZ» gelangte, darüber machten sich nur wenige Gedanken.

Was im *linksextremistischen Dunstkreis* krecht und fleucht, mag hier wieder einmal in Erinnerung gerufen werden: Im Kanton Bern wurde auch VPOD-Sekretär *Peter Vollmer* (SPS) wiedergewählt, wie der Waadtländer Zysiadis (Zentralsekretär der PdA) dem Kommunismus innig verbunden: Mit Hubacher (alt NR), Blum (jetzt alt Programmleiter) und andern Genossen genoss Vollmer im Jahr 1982 die Gastfreundschaft von *Erich Honecker*, DDR. Als grosse Bewunderin der «demokratischen Republik» war die Delegation gesonnen, «gegenseitige Übereinstimmungen anzustreben», wie die Partei nachträglich zum besten gab. Am Parteitag 1986 der SED war eine Zweierdelegation der SPS zugegen, mit *Vollmer* als Vizepräsident der SPS. An den Parteitag richtete er hehre Worte: «Wir in unserem Lande, obwohl wir Regierungspartei sind, stehen in sehr kritischer Distanz, ja in klarer Opposi-

tion zu unserem ökonomischen System. Und auch zu der politischen *Heuchelei*, wie sie in der westlichen Demokratie immer wieder zum Ausdruck kommt.» *Vollmer* war ausserdem «beeindruckt, zu sehen und zu spüren, wie die Menschen hier in diesem Land (der DDR) für Frieden und Gerechtigkeit eintreten und wie sie mit ganz konkreter Arbeit einen Beitrag für eine menschengerechte Welt und Gesellschaft leisten.»

Unvergesslich bleiben auch die «brüderlichen Grüsse», die die SPS vor nunmehr 10 Jahren an *Ceausescu* richtete, kurz bevor der Despot von der Bildfläche verschwand.

Dank den Vergesslichen unter uns machen sich auch jene Figuren in der Politik breit, die einst mit den verbrecherischen Regimen fraternisierten. Es stimmt halt schon, das mit der Heuchelei.

Bundespräsidentin *Dreifuss* war vom Wahlergebnis offenbar so beeindruckt, dass sie ihrer Phantasie freien Lauf liess. «Darf ich daran erinnern, dass auch Hitler zuerst demokratisch gewählt wurde? (...) Wir müssen deshalb

Die Spalte des Präsidenten

Wir leben in einer interessanten Zeit. Vieles verändert sich, für Einige zu schnell – für Andere nicht schnell genug. Ich würde eher sagen: auf einigen Gebieten zu schnell aber auf anderen Gebieten zu wenig schnell.

Diese sich beschleunigende Veränderung führt zu Unsicherheit – und diese Unsicherheit der Bevölkerung macht das Regieren und das Führen schwierig – auch deshalb schwierig, weil viele der Regierenden führen müssen, ohne dass sie selbst verstanden haben, wohin die Reise geht und welche Konsequenzen auf uns zukommen.

Was tun die Verantwortlichen der Politik in dieser Lage? Sie versuchen uns zu manipulieren statt zu informieren.

Das haben wir erlebt bei der Abstimmung über die neue Bundesverfassung, wo überhaupt keine richtige Information abgegeben wurde. Oder auch bei den drei Drogenabstimmungen, wo die offizielle Information sich auf Halbwahrheiten und Unterschlagen von international anerkannten Resultaten abstützte. Erwähnen können wir auch die NEAT- und Finöv-Abstimmungen, wo die Ziele und Konsequenzen beschönigt wurden. Wir könnten diese Liste beliebig verlängern bis zurück zur Abstimmung über das Krankenversicherungsgesetz (KVG).

Wir wollen in dieser Zeit der Veränderung unsere Verantwortung als mündige Bürger wahrnehmen und verlangen deshalb, dass wir sachlich und umfassend informiert werden.

Die Aushandlung der bilateralen Verträge mit der EU bedeutet einen wichtigen Schritt für die Schweiz. Die 7 Abkommen enthalten als Kompromiss positive und negative Elemente. Wir verlangen eine offene sachliche Information über die Resultate dieser Verhandlungen, bevor die Verträge von beiden Seiten ratifiziert werden. Wir wollen eine übersichtliche Darstellung der Vor- und Nachteile und der Konsequenzen für die Schweiz bei Ratifizierung oder Ablehnung dieser 7 Abkommen. Die verfügbaren Propagandaschriften erfüllen diese Anforderung nicht.

Wir bleiben dran!

Walter Rytz

sehr aufmerksam und mit grosser Wachsamkeit aufpassen, dass die Demokratie nicht von ihren Feinden benutzt wird.»

Wann und von wem Hitler «demokratisch gewählt» worden ist, das bleibt ihr Geheimnis. Ihrem Ruf als «Märchantante vom Offenen Brief» wird sie jedenfalls gerecht.

Wachsamkeit dürfte folglich auch gegenüber dieser Bundesrätin am Platz sein. Entlarvend, was sie da aus der Schlammgrube ihrer Gesinnung hervorgeholt hat. Oder doch nicht?

Wir hätten eigentlich nicht Fallobst, sondern Magistraten verdient.

Max Schio

Eidgenössische Wahlen 1999

Die Wahlen ins Eidgenössische Parlament sind abgeschlossen und wurden zur Genüge kommentiert. Wir möchten jedoch die Mitglieder der PRO LIBERTATE, die wir zur Wahl empfohlen haben und die gewählt oder wieder gewählt wurden, hier besonders beglückwünschen. Es sind dies die Nationalräte:

BE **Hanspeter Seiler**
Simon Schenk
Walter Schmied
Dr. Pierre Triponez
Christian Waber

BL **Jean Henri Dunant**

AG **Luzi Stamm**

Und als Ständerat

BE **Samuel Schmid**

Hanspeter Seiler ist mit einem glänzenden Resultat zum Nationalratspräsidenten gewählt worden.

Wir wissen, dass sich diese Herren für eine klare bürgerliche Politik einsetzen und wünschen ihnen eine erfolgreiche Tätigkeit in Bern.

W. R.

Exkursion ins Festungsmuseum Reuenthal, Samstag, den 9. Okt. 1999

Alle Teilnehmer, 66 Mitglieder und Freunde der PRO LIBERTATE, waren von dieser Besichtigung begeistert. Das Artilleriewerk Reuenthal wurde 1937–1939 auf einer Anhöhe über dem Rhein erbaut. Das mit zwei 7,5 cm Kanonen und mehreren Mg's bestückte Werk war von 1939 bis 1945 praktisch dauernd mit 90 bis 150 Mann besetzt. Der Verein Festungsmuseum hat das ausgediente Festungswerk vor ca. 10 Jahren übernommen und in bewundernswertem, freiwilligem Einsatz die Festung wieder mit der ursprünglichen Originalbewaffnung und Ausrüstung bestückt. Aufgeteilt in 4 Gruppen wurden wir auf lebendige Weise in die Aufgaben und das Leben der Mannschaft eingeführt. Wir konnten auch einen ersten Eindruck gewinnen von der Reichhaltigkeit der ins Festungswerk integrierten Museumsausstellung über Bewaffnung und Ausrüstung der Schweizer

Armee, sowie ausländischer Streitkräfte in der Zeit des 2. Weltkrieges.

Nicht nur Veteranen haben mit uns diese Festung besichtigt, sondern auch viele jüngere Mitglieder waren von der Leistungsbereitschaft und den Strapazen der Werkbesatzung beeindruckt. Viele der Teilnehmer werden das Werk und das angegliederte Museum im nächsten Frühjahr in aller Ruhe bei einem individuellen Besuch gründlich erforschen.

Wir haben uns entschlossen, dem Verein Festungsmuseum Reuenthal eine Unterstützung zukommen zu lassen.

Zur Tradition unserer Exkursionen gehört, dass wir uns anschliessend zusammenfinden zu einem Gedankenaustausch. Der Landgasthof «Weisses Kreuz» in Gippingen hat uns dazu bei einem hervorragenden Mittagessen den gemütlichen Rahmen geboten.

W. R.

Die Spionage des KGB im Westen...

Es dürfte in letzter Zeit kaum ein Buch gegeben haben, das derartig viel politischen Wirbel verursachte. Denn als Autor zeichnet einmal Christopher Andrew, ein Professor aus Cambridge, der bereits durch mehrere Bücher ähnlicher Art bekannt wurde. Die eigentlichen Unterlagen indes sind dem einstigen KGB-Oberst Wassili Mitrochin zu verdanken, der in Moskau als Archivar seit 1972 Dokumente seines Geheimdienstes kopierte und sie ebenso heimlich auf seiner Datscha versteckte. Ende 1992 wurde er mit seiner Familie vom britischen Spionagedienst in den Westen geschleust, später schmuggelte dieser auch die etwa 200 000 KGB-Dokumente nach London!

Hier kam es inzwischen zu einem innenpolitischen Streit über die Frage, warum der Innenminister über die Enttarnung der heute 87-jährigen Melita Norwood nicht informiert worden war: Hatte die wohl wichtigste britische Agentin doch seit 1937 für die UdSSR spioniert und ihr entscheidende Informationen über die britische Atombombe geliefert! Grosse Aufregung herrscht ebenfalls in Frankreich, zumal Paris zweitweilig als Hauptbasis der Sowjet-Spionage in Westeuropa fungierte. Insgesamt besass jene dort 50 «Maulwürfe», darunter im Aussen- und im Verteidigungsministerium sowie in den Geheimdiensten, bei denen sie mindestens vier Offiziere für sich gewinnen konnte. In Italien standen

261 Personen im Solde des KGB, die allerdings zumeist schon enttarnt waren; in einer Kombination von sexueller Kompromittierung und Erpressung konnte man sogar einen Botschafter anwerben.

Im freien Europa stellte West-Deutschland das wichtigste Angriffsziel dar. Allein 29 «Kundschafter» hatte das KGB bei grossen Wirtschaftsunternehmen. Und wer mag der bis heute un-

Der Leser erlebt auch noch einmal die Erschütterungen in Polen, die aus der Sicht des sowjetischen Geheimdienstes bereits mit der Wahl des Kardinals Wojtyla zum Papst (Johannes Paul II) im Herbst 1978 begannen.

bekannte Zuträger im direkten Umfeld von Egon Bahr gewesen sein? Was ist mit dem sowjetischen Geheimdienst-Offizier, der Oskar Lafontaine gewinnen sollte? Zweifellos wissen die bundesdeutschen Sicherheitsstellen mehr, doch sind von dort lediglich die Worte «Kein Kommentar» zu hören. Das gilt gerade für das sehr hartnäckige Gerücht, Bonn und Paris hätten leichten Druck auf das ursprüngliche Manuskript des Buches ausgeübt, welches nunmehr nur in einer «entschärften»

Fassung herausgekommen sei. In der Tat werden die Ost-Spione lediglich mit Decknamen genannt. So lässt das Buch bei all seinen überaus vielen und wirklich sehr interessanten Details manche Fragen offen.

«Hauptfeind Nr. 1» der Ausspähung Moskaus waren erwartungsgemäss die USA: Erfolgreiche Fäden liefen hier seitens des KGB bis in die Rüstungsindustrien, die Streitkräfte und sogar bis zu wichtigen Positionen der CIA. Dass die Ost-Spione in Nordamerika früher naive Idealisten waren, während heutzutage Geldgier ihr erstes Motiv ist, verbessert die Situation kaum.

Der Kreml verfügte stets über recht gute Erkenntnisse aus der westlichen Welt, doch verstand er eigentlich kaum deren Mentalität und konnte daher zumindest die politischen Informationen auch nur selten zutreffend analysieren. Hinzu kam, dass kein KGB-Führer wagte, die – oft falsche – Beurteilung der Moskauer Zentrale in Zweifel zu ziehen.

Doch ob man dort andererseits das Aufkommen des «Prager Frühlings» je verstand? Seine brutale Niederschlagung führte bei manchen KGB-Offizieren, die später zum Westen überliefen, zu

Russische Kampfschützenpanzer in Tschetschenien. Russland begründet seinen Feldzug mit den gleichen Worten wie die USA/ NATO den Balkan-Luftkrieg vom Frühjahr 1999. Ist der Tschetschenien-Feldzug die erste «Revanche» für die damalige Ignorierung der Grossmacht Russland durch die NATO? (key)



einem inneren Bruch mit dem Sowjet-System. Der Leser erlebt auch noch einmal die Erschütterungen in Polen, die aus der Sicht des sowjetischen Geheim-

Der Fichen-Beschluss von 1992 in seiner jetzigen Form nämlich privilegiert geradezu alle Schweizer Landesverräter.

dienstes bereits mit der Wahl des Kardinals Wojtyla zum Papst (Johannes Paul II) im Herbst 1978 begannen. Seiner Ansicht nach war Jaruzelski – im Gegensatz zur allgemeinen Beurteilung im Westen – letztlich ein polnischer Nationalist, der sich dann auch 1986

beharrlich weigerte, erneut den Ausnahmezustand auszurufen.

Unser Land wird nur beiläufig erwähnt, obwohl hier ebenfalls manches auf dem Gebiet der Sowjet-Spionage passierte. In diesem Buch liegt das Schwergewicht dann auch lediglich auf dem seinerzeitigen Aufenthalt von Alexander Solschenizyn in Zürich, den das KGB zu beschatten und zu diffamieren hatte. Recht nachdenklich macht im historischen Rückblick, dass unsere Sicherheitsbehörden die Brisanz des Regimekritikers ganz offenbar überhaupt nicht erkannten und es daher auch bei sehr bescheidenen Sicherheitsvorkehrungen blieb. Und noch etwas: Die Bundesanwaltschaft in Bern kann all diese neuen Erkenntnisse aus dem Buch nicht mit ihrem damaligen Wissen vergleichen, weil sie keinen Zugriff auf

ihre eigenen Akten hat: Der Fichen-Beschluss von 1992 in seiner jetzigen Form nämlich privilegiert geradezu alle Schweizer Landesverräter, die bis 1991/92 für die kommunistische Diktatur spionierten (und es vielleicht noch jetzt tun) und bis heute – wie auch in Deutschland und in Frankreich – als unbescholtene Bürger unter uns leben! Die stille Hoffnung, das neue Jahrtausend werde die politische Moral sowie das Wissen der Politiker und ebenso der Sicherheitsstellen im Westen nicht ständig auf den Prüfstand stellen, bleibt allerdings überaus minimal...

Christopher Andrew u. Wassili Mitrochin, «Das Schwarzbuch des KGB»; Propyläen-Verlag, Berlin, 1999, 848 S.; sFr. 52,50 (ISBN 3 549 05588 9)

Dr. René Hänggi

Die Rückkehr des J-Stempels

Im Februar 2000 soll im Chronos-Verlag die Broschüre «Die Rückkehr des J-Stempels» von Georg Kreis erscheinen. Man lese dazu den folgenden Artikel von Max Keller («Schweizerzeit» vom 5. 11. 99, Seite 2):

Zwist in der Bergier-Kommission

Die von Professor Bergier präsierte *Unabhängige Experten-Kommission (UEK)* «Schweiz – Zweiter Weltkrieg» hat für November 1999 ihren *Flüchtlingsbericht* angekündigt. Nun überrascht uns ein Mitglied dieser Kommission, der bei Bundesrat und NZZ wohl angesehene Basler Professor *Georg Kreis*, mit der Voranzeige eines Buches

über «*Die Rückkehr des J-Stempels*», das im Februar 2000 erscheinen soll.

Zweifellos gehört der J-Stempel zur Flüchtlingsproblematik. Aber offensichtlich ist Professor Kreis nicht zufrieden oder nicht einverstanden mit dem, was seine Kollegen von der UEK darüber in ihrem Bericht festhalten. Und ebenso offensichtlich war Professor Bergier nicht imstande, die Selbstprofilierungsbestrebungen seiner Kommissionsmitglieder so weit im Zaume zu halten, dass ausschliesslich ein gemeinsamer Kommissionsbericht entstehen kann. So endet denn die millionenteure «Aufarbeitung» der Geschichte nicht mit einer Klärung, sondern in

neuem Zwist, was das ohnehin geringe Vertrauen in dieses Unternehmen sicher nicht hebt.

Max Keller, Bern

Ist es Zufall, dass Prof. Kreis seine 148 Seiten ausgerechnet bei Chronos verlegt, dessen Auslieferungsadresse früher mit jener der Pinkus-Genossenschaft identisch war? Wir haben in den Mitteilungen vom Februar 1995 die zahlreichen Verlage des linken Spektrums aufgelistet. Interessenten stellen wir gerne eine Kopie zu. Senden Sie einen adressierten und frankierten Umschlag C6 an PRO LIBERTATE (Vermerk WHO IS WHO?).



Preis: CHF 10.–

Bestellungen:

PRO LIBERTATE, 3000 Bern 11

Impressum

Druck und Administration:

NEUE GERBER AG,

3150 Schwarzenburg

Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber

Adressänderungen: PRO LIBERTATE,

3000 Bern 11

Fax 031 332 57 13

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.

Erscheint viermal jährlich.

Leserzuschriften müssen nicht die

Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Walter Rytz (Präsident)

1133 Lussy-sur-Morges

Max Gerber (Vizepräsident)

3000 Bern 16

Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen

Thomas Fuchs (Protokoll),

3018 Bern-Bümpliz

Werner Gartenmann

3172 Niederwangen

Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen

Christian Schmid

3283 Niederried bei Kallnach

Annemarie Steffen, 3613 Steffisburg

In Kürze

Wer einen mehr oder weniger grossen Bekanntheitsgrad anstrebt, kommt mit Aktenklau einen Schritt voran.

Im vergangenen März meldete die SDA, Ex-Wachmann Meili sei als «Held für alle Zeiten» geehrt worden mit einer Gedenktafel und einem Check über 5000 Dollar.

Für Jürg Frischknecht blieb es bei der Verbesserung des Bekanntheitsgrades.



An der Erfindermesse vermisst man eine überaus populäre Teilnehmer-schaft: Die Finanzminister. Sie erfinden neue Steuern und bringen damit dem Staat eine Menge Geld ein. Und die damit verbundene Aufblähung des Verwaltungsapparates wird dem Souverän erst noch als «Schaffung neuer Arbeitsplätze» verkauft.

In memoriam J. Z.

Jean Ziegler, JUSO-Kandidat: Trotz dieser Finte sitzt er betreffs Immunität jetzt in der Tinte.

Ein Schüttelreim für den Nichtgewählten:

Die Philosophen pflegen scharf zu denken,
uns ihre Weisheit nach Bedarf zu schenken.
Der Hansli Ziegler keine List vermeidet,
uns ist schon längst sein alter Mist verleidet.
Die JUSO mögen ihren hehren Alten
mit Lob bedecken und in Ehren halten,
es bleibt dabei, er steht, vonwegen «Retter»,
jetzt ohne Schirm und Schutz im Regenwetter.

Sch.

Kannitverstahn

Das Komplizierteste am Regieren scheint der Satzbau zu sein. In der Schweizerischen Gewerbezeitung Nr. 15/1999 wirbt ein Nationalrat für die Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmen. Eines der Probleme, die er in den Vordergrund stellt:

«Die durch die während der letzten Jahre in ungenügender Masse erarbeiteten Erträge, schwierigere Finanzierung.» Haben Sie das verstanden? Er meinte wohl, weniger geprezt und mit der Hälfte der Wörter: «Die schwieriger gewordene Finanzierung zufolge schwindender Erträge.»



Die neue Linksschreibung

findet jetzt auch im Bundesblatt Eingang. Selbst BundesrätInnen halten das wahrscheinlich für neckisch. Anders ist

es nicht zu erklären, dass das von den Linkspostillen «taz» und «WoZ» erfundene Versal-I ihre amtlichen Verlautbarungen zielt. Der Geist, der dieserart die Texte begleitet, lässt ahnen, dass die Verwaltung offenbar nicht wenige 68er beschäftigt. Ist es verwegen, sich bei der Gelegenheit zu erinnern an die nie aufgeklärte, in den gleichen Kontext zu setzende «Vermittlung» vertraulicher Dokumente an die Presse (Beispiel: Botschafter Jagmetti)? Na ja, man hat schliesslich alles im Griff.



Wer anderer Meinung ist als die Manipulierer der Vierten Gewalt, ist für diese strammen Genossen ein Rechtsextremist. Da die Meinungsmacher, insbesondere bei Radio und Fernsehen, ganz weit aussen angesiedelt sind, geht für sie die «Mitte» mitten durch die Linke. Nestbeschmutzern stehen Mikrophon und Kamera jederzeit und zu guten Sendezeiten zur Verfügung.

Servile Politiker, die um die Gunst der Medien buhlen – Regierungsmitglieder eingeschlossen – brauchen sich wegen ihrer Glaubwürdigkeit keine Sorgen zu machen. Sie haben sie verspielt. Sch.



EXPO.0?

Die Landesausstellung soll 2002 durchgeführt werden. Nachdem Hunderte von Millionen Franken buchstäblich im Sand verlockt worden sind, hat der neu gewählte Nationalrat am 7. 12. 99 einen Zusatzkredit von 250 Millionen Franken bewilligt. Das Geld wird freigegeben, wenn die Wirtschaft ihrerseits 350 Millionen Franken investiert.

Kommentar? Nein, völlig überflüssig. Nur: stellen Sie sich vor, diese Mittel würden für die Ausbildung im High-Tech-Bereich und für die Verringerung der Steuerlast eingesetzt!



Ich/wir unterstütze(n) Sie

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.– (Ehepaare Fr. 60.–)
 - als Gönner, Jahresbeitrag mindestens Fr. 100.–
 - als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
 - mit einer jährlichen Spende für den Landesverteidigungsfonds (ohne Mitgliedschaftspflichten)
- Mitglieder und Gönner erhalten regelmässig unsere Publikationen.

Name/Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Kopieren oder ausschneiden. Adresse: PRO LIBERTATE, 3000 Bern 11